

„Störwind“ fordert: keine neuen Windräder neben unseren Häusern!

Problem:

Die CDU beantragt ein Gutachten, wo überall in Elsdorf noch Riesen Windräder gebaut werden können!

Auf Antrag der CDU soll die Elsdorfer Gesamtfläche von 66 qkm erneut daraufhin überprüft werden, wo überall noch Windräder aufgestellt werden können.

„Störwind“ fragt: Sollen hier die Fehler von Früher wiederholt werden?

Hat man denn die Fehler der letzten 10 Jahre vergessen? Hat man vergessen, wie schwierig es war, wenigstens einen Teil der damaligen Fehler in Zusammenarbeit mit Störwind zu korrigieren?

Ein kleiner Rückblick hilft da vielleicht:

1998 ließ die Gemeinde Elsdorf ein Gutachten erstellen, ob es in Elsdorf geeignete Flächen für Windkraftanlagen (WKA) gibt. Dass die beauftragte Gutachterin gleichzeitig bei einer Windkraft-Firma beschäftigt war, hat leider niemand bemerkt! Sie hat im Gutachten insgesamt 6 Flächen als für Windräder geeignet ausgewiesen. Die Landesregierung empfahl damals, dass die Gemeinden eine Konzentrationszone (Vorrangzone) für WKA ausweisen. Nur da dürfen dann WKA gebaut werden, aber dann in keinem anderen Gebiet der Gemeinde, so dass kein „Wildwuchs“ entsteht. Die Gemeinde hat damals aber sogar 3 Vorrangzonen geschaffen in denen Windräder gebaut werden dürfen, also 3 x mehr als notwendig. Dabei ging man allerdings von den damals üblichen WKA mit ca. 50m Höhe aus.

2001 sollten plötzlich 21 Windräder mit 140 m Gesamthöhe (zum Vergleich: Kölner Dom 157 m, Kirche Niederembt 50 m) **in nur ca. 480 m Abstand zu den nächsten Wohnhäusern** gebaut werden, mit über 104 Dezibel Schallentwicklung in Nabenhöhe (das entspricht einer Motorsäge / Autohupe, ein Düsenflugzeug erzeugt ca. 120-130 Dezibel).

Um dies zu verhindern wurde damals die Bürgerinitiative „Störwind“ gegründet, deren **Aktivitäten** unter dem Aspekt stehen, erneuerbare Energien zu fördern, **aber** ohne Schädigung von Menschen und Natur!

„Störwind“ hat durch sachliche Zusammenarbeit mit der Gemeinde und den Parteien (durch u.a. Informationsbeschaffungen, konstruktive Diskussionen und eine Klage vor dem Oberverwaltungsgericht) erreicht, dass diese Fehlentwicklung korrigiert wurde!

In den 3 Konzentrationsflächen für Windräder entstand eine menschenwürdige Planung (jeweils 2 WKA mit 100m Höhe), auch wenn Störwind der Auffassung ist, dass die geplanten Abstände immer noch nicht ausreichen (viele Gerichtsverfahren in Deutschland bestätigen dies). **So konnte bisher ein Schutz der Gesundheit der Menschen (der Familien und besonders der Kinder), der Tiere und der Natur weitgehend ermöglicht werden.**

Was spricht alles gegen ein neues Gutachten?

1. **Die Bürger sollten nicht erneut die Angst haben, dass in der Nähe Ihrer Wohnungen riesige WKA errichtet werden** (eine gesetzliche Schutzzonen gibt es nicht). Wird die gesamte Grundfläche von Elsdorf auf Eignung untersucht, dann ist diese Angst berechtigt. Die Elsdorfer Bürger haben seit Jahrzehnten mit der Braunkohle ihren Beitrag für die Energieversorgung anderer Regionen geleistet. Es sollten nicht für Jahrzehnte noch neue Belastungen hinzukommen.
2. **Keine Verschleuderung von Geld bei der enormen Verschuldung der Stadt!** Das Gutachten kann sehr teuer werden (es war von 25.000 € die Rede), aber zusätzlich fallen noch

wesentlich mehr Kosten für danach notwendige Gutachten zum Artenschutz, Umweltschutz Naturschutz Landschaftspflege usw. an!

3. **Deutliche Zusatzeinnahmen fallen für viele Kommunen nicht an, obwohl sie immer versprochen werden!** Die Landbesitzer mit ihren extrem hohen Pachteinkünften zahlen ihre Steuern nicht an die Stadt. Die Betreiber zahlen einen Teil ihrer Steuern am Firmensitz (der ist nicht Elsdorf) und einen Teil der Gewerbesteuer vor Ort wo die WKA stehen. Allerdings fallen Einnahmen aus der Gewerbesteuer i.d.R. erst nach 12 – 14 Jahren an, wenn die Anlagen abgeschrieben sind, wobei aber viele Unternehmen durch rechtlich legale Steuertricks hier gar keine gewerbesteuerpflichtigen Gewinne ausweisen (obwohl es vorher versprochen wurde). Interessant wäre es, wenn die Stadt Elsdorf prüfen würde, was die WKA bei Oberembt insgesamt gekostet haben und welche Einkünfte sie für die Stadt eingebracht haben. Immer wieder versuchen die Betreiber auch durch Sponsoring die Städte für ein Projekt zu gewinnen, das wurde aber bereits oft durch Gerichte als unzulässig eingestuft und ist mit äußerster Vorsicht zu betrachten.

Störwind fordert deshalb:

Kein neues Gutachten!

oder

ein auf geeignete Flächen begrenztes Gutachten:

sollte der Rat der Stadt trotzdem ein Gutachten wünschen, dann muss nicht die gesamte Elsdorfer Grundfläche untersucht werden. Es würde reichen, ausschließlich die Flächen zu untersuchen, die überhaupt genug Abstand zur Wohnbebauung haben! Das Gutachten hätte wesentlich geringeren Umfang und würde erheblich weniger kosten. Außerdem würden den Bürgern die Ängste erspart, dass neue Flächen für Windräder in der Nähe Ihrer Häuser ausgewiesen würden.

Hierbei sollte von einem Mindest-Abstand von 1.500 - 2.000 m ausgegangen werden, denn die großen Anlagen sind absolut lauter als bisherige WKA. Dieser Abstand wird auch von der Landesregierung und der Bezirksregierung in Beispielberechnungen genannt und hat sich in den letzten Jahren in den meisten Fällen als ausreichend erwiesen. Innerhalb einer solchen „Schutzzone für die Menschen“ sollten andere erneuerbare Energien (z.B. Sonnenkollektoren, Elektrovoltak) verstärkt eingesetzt werden, wobei sich die Stadt durch Aufklärung und Beratung hier noch weiter profilieren könnte.

Absolute Transparenz: sollte ein Gutachten erstellt werden, dann sollte u.a. in Bezug auf betroffenes Grundstückseigentum, Auftragsvergabe und Gutachten komplette Transparenz in der Bürgerbeteiligung erfolgen.

Selbstverwaltungsrecht der Stadt verteidigen:

- a) Der Vorschlag der Ausschüsse, bei einem für die Gemeinde negativen Entscheid des lfd. Verwaltungsgerichtsverfahrens zu den Ausgleichsflächen nicht in die Berufung zu gehen, wurde mit den Kosten begründet (es geht um bis zu ca. 5000 €). Ist die Planungshoheit der Stadt nicht dieses mögliche Kostenrisiko wert?
- b) Falls ein neues Gutachten kommt, kann die Stadt für zukünftige WKA-Gebiete im Rahmen ihrer Planungshoheit für die Menschen einen wesentlich besseren Schutz gestalten (niedrigere Höhen, weitere Abstände) als bisher. Dies ist möglich, da bereits mehrere Vorrangzonen ausgewiesen und in Betrieb sind, die Stadt also ihre Pflicht mehrfach erfüllt hat.

Fazit: Unser obiger Vorschlag ermöglicht es, die Kosten für die Stadt niedrig zu halten und gleichzeitig eine noch stärkere Förderung erneuerbarer Energien (z.B. Sonnenenergie) innerhalb der „Schutzzonen“ ohne schwerwiegende Belastungen für die Bevölkerung umzusetzen.

Die Gesundheit der Menschen und unserer Kinder ist das Wichtigste!

***Ihre Bürgerinitiative
„STÖRWIND“***